

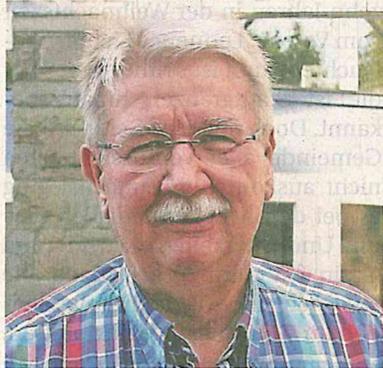
# Freie Wähler mit zwei Spitzenkandidaten

BM  
04.09.2020

**RHEIN-BERG** (tei.-) Die Freien Wähler im Rheinisch-Bergischen Kreis gehen mit Werner Conrad aus Kürten und Henning Rehse aus Wermelskirchen als Spitzenkandidaten in die Kommunalwahl. Das beschlossen die Delegierten jüngst auf einer Versammlung; dabei wurden neben der Reserveliste auch die Kandidaten für die Kreiswahlbezirke aufgestellt. Mitglieder der WNKUWG besetzten dabei auch Wahlbezirke in Leichlingen.

Trotz Corona hatten die Wählergemeinschaften vollständig ihre Delegierten entsandt, so dass das Ergebnis der Delegiertenversammlung von einer breiten Mehrheit getragen wird. „Im Gegensatz zu 2014 ist es uns dieses Mal bis auf eine Kommune gelungen, alle Wahlkreise mit Kandidaten der örtlichen Wählergemeinschaften zu besetzen“, so Henning Rehse. Neu ist die Zusam-

menarbeit mit der Wählergemeinschaft „Zusammen Leben Rösrath“. In geheimer Wahl erhielten sowohl die Kandidaten der Wahlbezirke als auch die Kandidaten für die Reserveliste allesamt den einstimmigen Zuspruch der erschienenen wahlberechtigten Delegierten. Werner



Werner Conrad ist Gruppensprecher der Freien Wähler. FOTO: PRIVAT

Conrad, Gruppensprecher der Freien Wähler im Kreistag: „Insgesamt bestätigt sich so das Vertrauen und der Zuspruch der Ortsvereine in in die Arbeit von Vorstand und Gruppe.

„Wir treten mit Werner Conrad und Henning Rehse als Spitzenkandidaten an“, so der Vorsitzende Joachim Orth. „Unser Ziel für diese Kommunalwahl ist es, unsere jetzigen zwei Mandate auszubauen, um im nächsten Kreistag wie-

Kreistag des Rheinisch Bergischen Kreises mit Unterstützung von Henning Rehse eine hervorragende Arbeit geleistet.“

Wichtige Themen werden laut Orth weiterhin unter anderem ein ideologiefreier Klimaschutz, eine sinnvolle Verbesserung des Öffent-

lichen Personennahverkehrs, eine adäquate Personalausstattung der Kreisverwaltung sowie die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises und seiner Kommunen sein.

Folgende Wermelskirchener wurden für die zu besetzenden Wahlbezirke gewählt (Kreiswahlbezirke/Wahlbezirke Kommune in Klammern): für Leichlingen: Dagmar Rehse (15/1), Stefan Kind (16/2), Thorn Seidel (17/3); Odenthal: Dirk Wartmann (19/2); Wermelskirchen: Henning Rehse (25/1), Norbert Kellner (26/2), Bettina Bernhard (27/3).

Als Kandidaten für die Reserveliste wurden folgende Wermelskirchener gewählt (Platzierung in Klammern): Henning Rehse (2), Jürgen Steeger (9), Norbert Kellner (15), Bettina Bernhard (19), Dirk Wartmann (21), Jan Paas (23), Dr. Werner Güntermann (24), Olaf Allendorf (25).

Kommunalwahl  
**2020**



der als Fraktion vertreten zu sein. Die aktuelle Besetzung der Wahlkreise stimmt uns optimistisch. Darüber hinaus hat Werner Conrad als Sprecher der Freien Wähler im



Henning Rehse ist der zweite Spitzenkandidat. FOTO: WNKUWG

Die Wählergemeinschaften wollen wieder eine Fraktion bilden

# Freie Wähler: Rehse ist Spitzenkandidat

04.04.2020  
WGA

Von Udo Teifel

Die Freien Wähler im Rheinisch-Bergischen Kreis gehen mit Werner Conrad aus Kürten und Henning Rehse aus Wermelskirchen als Spitzenkandidaten in die Kommunalwahl. Das beschlossen die Delegierten jüngst auf einer Versammlung; dabei wurden neben der Reserveliste auch die Kandidaten für die Kreiswahlbezirke aufgestellt. Mitglieder der WNK/UWG besetzten dabei auch Wahlbezirke in Leichlingen.

Trotz Corona hatten die Wählergemeinschaften vollständig ihre Delegierten entsandt, so dass das Ergebnis der Delegiertenversammlung von einer breiten Mehrheit getragen wird. „Im Gegensatz zu 2014 ist es uns bis auf eine Kommune gelungen, alle Wahlkreise mit Kandidaten der örtlichen Wählergemeinschaften zu besetzen“, so Henning Rehse. Neu ist die Zusammenarbeit mit der Wählergemeinschaft „Zusammen Leben Rösrath“.

In geheimer Wahl erhielten sowohl die Kandidaten der Wahlbezirke als auch die Kandidaten für die Reserveliste al-

lesamt den einstimmigen Zuspruch der erschienenen wahlberechtigten Delegierten. Werner Conrad, Gruppensprecher der Freien Wähler im Kreistag: „Insgesamt bestätigt sich so das Vertrauen und der Zuspruch der Ortsvereine in die Arbeit von Vorstand und Gruppe.“

„Wir treten mit Werner Conrad und Henning Rehse als

Spitzenkandidaten an“, so der Vorsitzende Joachim Orth. „Unser Ziel für diese Kommunalwahl ist es, unsere jetzigen zwei Mandate auszubauen, um im nächsten Kreistag wieder als Fraktion vertreten zu sein. Darüber hinaus hat Werner Conrad als Sprecher der Freien Wähler im Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises mit Unterstützung von Henning

Rehse eine hervorragende Arbeit geleistet.“

## „Ideologiefreier Klimaschutz“ soll ein Thema sein

Wichtige Themen werden laut Orth weiterhin unter anderem ein ideologiefreier Klimaschutz, eine sinnvolle Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs, eine adäquate Personalausstattung der Kreisverwaltung sowie die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises sein.

Folgende Wermelskirchener wurden für die zu besetzenden Wahlbezirke gewählt (Kreiswahlbezirke/Wahlbezirke Kommune in Klammern): für Leichlingen: Dagmar Rehse (15/1), Stefan Kind (16/2), Thorn Seidel (17/3); Odenthal: Dirk Wartmann (19/2); Wermelskirchen: Henning Rehse (25/1), Norbert Kellner (26/2), Bettina Bernhard (27/3).

Als Kandidaten für die Reserveliste wurden folgende Wermelskirchener gewählt (Platzierung in Klammern): Henning Rehse (2), Jürgen Steeger (9), Norbert Kellner (15), Bettina Bernhard (19), Dirk Wartmann (21), Jan Paas (23), Dr. Werner Güntermann (24), Olaf Allendorf (25).



Henning Rehse ist der zweite Spitzenkandidat.

Foto: WNK/UWG

Als Vorbild nennt die Fraktion die „Littering-Toolbox“ aus der Schweiz

# WNK/UWG will dem Müll an den Kragen

WFA 08.07.2020

Von Anja Carolina Siebel

Wermelskirchen hat ein Müllproblem. Das meint zumindest Jürgen Steeger, neues Mitglied der WNK/UWG. Und dabei bezieht er sich nicht nur auf den jüngsten Fall, bei dem ein Ex-Mieter an der Berliner Straße tagelang seinen Haufen Sperrmüll unerlaubterweise auf dem Gehsteig hatte liegenlassen. „Ich sehe auch immer wieder Vermüllungen anderswo in der Innenstadt oder bei Waldspaziergängen“, sagt er.

Durch seine Tochter, die in der Schweiz lebt und arbeitet, sei er auf das Modell „Littering-Tool“ gestoßen. Und regt nun an, dass das doch auch etwas für Wermelskirchen wäre.

Der Begriff „Littering“ ist abgeleitet vom englischen „litter“ und das bedeutet schlicht Abfall verstreuen oder umherwerfen. Das achtlose Wegwerfen von Abfällen im öffentlichen Raum und in der freien Natur hat somit unter anderem vom Institut für Technologie und nachhaltiges Produktmanagement der Wirtschafts-

universität Wien einen neuen englischen Namen bekommen: „Littering“.

## „Wir setzen da auch auf soziale Kontrolle“

Jörg Irlenbusch, Kämmerer, über das Müll-Problem

Um nun die Müllwelt in Wermelskirchen wieder heiler, also sauberer, zu machen, schlägt Jürgen Steeger vor, einige „Tools“, also Ziele, aus der so genannten „Littering-Toolbox“, die es in der Schweiz gibt, auch in Wermelskirchen zu übernehmen. Die Stadtverwaltung, so heißt es in dem von Steeger und den Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse unterzeichneten Antrag der WNK/UWG, möge sich mit dem Thema auseinandersetzen.

Einfach mal einen Monat nicht sauber machen, lautet beispielsweise ein Vorschlag, den Steeger aus dem „Müll-Tool“ der Schweiz übernehmen möchte. „Das heißt, dass die Verwaltung vermüllte

Ecken bewusst erst einmal missachtet und anschließend mit den Bürgern darüber diskutiert“, erklärt er. Welche Wirkung so eine öffentliche vermüllte Ecke habe, das habe man vorige Woche an der Berliner Straße gesehen. Über den herumliegenden Sperrmüll war auch ausufernd in den lo-

kalen sozialen Netzwerken diskutiert worden.

Zudem hätte die WNK/UWG gern eine App, die in laufender Übersicht für Bürger zeigt, wo in der Stadt etwas rumliegt oder stört – „mit Online-Eingabe, was man selbst oder im Team unternommen hat, um den Missstand zu beseitigen oder vorschlägt zu tun“, sagt Steeger. Das könne eine Erweiterung des schon vorhandenen Mängelmelders sein, bei dem die Bürger sich direkt an die Stadtverwaltung wenden.

Kämmerer Jörg Irlenbusch, der bei der Verwaltung auch für den Bereich Abfallwirtschaft zuständig ist, weiß um die Müllproblematik, die an verschiedenen Stellen der Stadt immer mal wieder auftaucht. „Ich sehe Wermelskirchen aber da nicht betroffener als andere umliegende Städte“, betont er. „Ich denke, jede Stadt hat dieses Problem hin und wieder. Vermüllt sind wir in Wermelskirchen aber sicher nicht.“

Und: Er unterstellt nicht jedem, der seinen Unrat bei-

spielsweise an Glas- oder Papiercontainern stehenlässt, gleich böse Absicht. „Deshalb versuchen wir so oft wie möglich darüber aufzuklären, wofür die Container gedacht sind und was es für Alternativen zur Entsorgung, zum Beispiel auf dem Wertstoffhof, gibt“, sagt der Kämmerer.

Jedem Hinweis gehe die Stadt nach, berichtet Irlenbusch. „Und ich fahre auch selbst mal gern am alten Freibad Dhünn vorbei und schaue, ob dort auf dem Parkplatz wieder etwas liegt“, sagt er. Die Verwaltung setze, das betont Irlenbusch, aber auch auf soziale Kontrolle.

Das heißt, dass Bürger aufmerksam werden auf ein Müllproblem und gegebenenfalls den Verursacher kennen. Irlenbusch: „Wir können nicht alle mitbekommen.“ Die Bürger hätten die Möglichkeit, auf verschiedenen Wegen wilden Müll bei der Stadt zu melden. Zum einen über die Mängel-App, aber auch per Mail oder telefonisch sei die Verwaltung erreichbar. | **Standpunkt**

## Hintergrund

► Wer wilden Müll irgendwo entdeckt und ihn selbst nicht entsorgen kann oder will, kann sich bei der Stadtverwaltung, zum Beispiel unter [abfall@wermelskirchen.de](mailto:abfall@wermelskirchen.de) melden.

► Seit 2016 können Bürger für Beschwerden und Anregungen das neue Verfahren Citko-Notes (Mängelmelder) nutzen. Das ist auf der Homepage der Stadt auf der Startseite über den Button „Mängelmelder“ zu finden.



gibt immer wieder Ecken in der Stadt, an denen der Müll achtlos weggeworfen wird.

Symbolfoto: Roland Keusch

## Standpunkt

# Sozial ist anders

Von Anja Carolina Siebel

**P**robleme mit Müll dürfte es eigentlich nicht geben. Zumindest dann nicht, wenn jeder verantwortungsvoll mit seinen Hinterlassenschaften umginge und sich informieren würde, wo denn was genau hinkommt. Dann wäre es nicht nötig, den Hausrat neben die Altglas-Container zu schmeißen, die Säcke mit getragenen Kleidern neben dem schon überfüllten Container zu lassen, oder eben den eigenen Sperrmüll mal vor der Tür zu lassen, wenn man die Entsorgung nicht ordnungsgemäß beantragt hat. All das ist – und das ist nicht einmal ein Schimpfwort – sozial. Denn zu sozialer Verantwortung gehört eben auch, seinen Müll so zu

entsorgen, dass es niemandem schadet und niemandem unnötige Arbeit macht. Obendrein kostet wilder Müll dem Steuerzahler Geld, denn es muss ja von öffentlicher Hand weggeschafft werden. Aber auch wenn es niemand so recht begreifen mag: Es gibt diese illegalen Müllentsorger. Und damit sie ihren Unrat künftig nicht mehr in der Weltgeschichte abkippen, lohnt es, wilde Müllkippen zu melden. Umso eher werden die Müllsünder vielleicht gefunden.

| WNK/UWG  
will dem  
Müll...



anja.siebel  
@rga-online.de

WNA 10.07  
Umweltausschuss 2020

# WNK/UWG will Konzept für den Wald

Die WNK/UWG hatte mit der FDP bereits im Mai 2019 den Antrag „Städtischen Forst für die Zukunft sichern“ im Umweltausschuss beantragt und somit ein Zukunftskonzept für die Bewirtschaftung des Waldes gefordert, erinnert Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. „Dieses Zukunftskonzept liegt bis heute nicht vor.“ Für die nächste Sitzung des Gremiums wird dieser Antrag nun ergänzt: „WNK/UWG und FDP beantragen ferner die Erstellung einer konzeptionellen Planung für den Wermelskirchener Wald. Dabei soll diese Planung interkommunal erfolgen, z. B. durch Einbeziehung der Forstbetriebsgemeinschaft Wermelskirchen, des Holzcluster Bergisches Land und/oder weiterer Kommunen.“ Das städtische Forstamt verwaltet rund 630 Hektar Wald, die Forstbetriebsgemeinschaft rund 1000 Hektar. Dafür erscheine den beiden Fraktionen eine konzeptionelle Planung als unerlässlich.

| Standpunkt

## Standpunkt

# Es muss gehandelt werden

Von Markus Schumacher

**D**ass man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, ist ja nur ein Sprichwort. Doch nachdem er ein paar Jahre im Abseits stand, rückt der Wald nun wieder zunehmend in den Fokus: auch in Wermelskirchen. Das Wort „Waldsterben“ wird dabei nur selten verwendet. Es ist ein bisschen verbrannt, nachdem der angekündigte Tod auch Jahrzehnte nach seiner Ankündigung nicht eingetreten ist. Dass es dem Wald aber immer noch (oder wieder) nicht gut geht, kann man auch als Laie bei einem Spaziergang erkennen. Vor allem die Fichte scheint komplett von der Bildfläche zu verschwinden. Vor allem Trockenheit und Borkenkäfer machen ihr schwer zu schaf-

fen. WNK/UWG und FDP wollen nun, dass die Stadt Wermelskirchen ein Konzept für den städtischen Forst vorlegt. Dabei soll es um Nachhaltigkeit gehen. Aber auch um eine mögliche touristische und wirtschaftliche Nutzung. Das hatten die Fraktionen schon vor über einem Jahr beantragt. Vielleicht geht es ihnen da wie Förstern: Die pflanzen auch nie für sich selbst Bäume, sondern immer für die nächste Generation.

| WNK/UWG  
will Kon-  
zept ...



markus.schumacher  
@rga-online.de

# Zukunftskonzept für den städtischen Wald gefordert

BM  
10.07.2020

Die Klimaentwicklung macht dem heimischen Forst zu schaffen. Zwei Fraktionen wollen ein gesamtheitliches Waldkonzept, keine Flickschusterei.

VON UDO TEIFEL

**WERMELSKIRCHEN** Hitzestress, steigende Waldbrandgefahr, Monokulturen und Preisverfall – wenn's ums Holz geht, sieht es düster aus. Auch in Wermelskirchen. Braune Fichtenbestände sind nicht mehr zu übersehen, auch der Borkenkäfer macht sich breit. Und Laubbäumen, die derzeit noch vital aussehen, droht angesichts der Klimasituation ein ähnlicher Untergang wie den Fichten. **Damit wollen sich WNKUWG und FDP nicht zufrieden geben.** Sie fordern jetzt in einem Antrag ein „gesamtheitliches Waldkonzept“, heißt es. „Uns erscheint eine konzeptionelle Planung als unerlässlich, damit die Übersicht erhalten bleibt und Flickschusterei unterbunden wird“, so **Henning Rehse** und **Heinz Jürgen Manderla**.

Bereits vor einem Jahr hatte die **WNKUWG** einen Antrag gestellt. Ziel war, den städtischen Forst für die Zukunft zu sichern. Schon darin war ein Zukunftskonzept für die Bewirtschaftung des Waldes gefor-



Vertrocknete Fichten im Wildwald Voßwinkel.

FOTO: UDO TEIFEL

dert worden. **Rehse:** „Das Konzept liegt bis heute nicht vor.“

Der jetzt eingereichte Antrag wird als Ergänzungsantrag gesehen. Darin geht es zusätzlich um die Erstellung einer konzeptionellen Planung für den Wald. „Das sollte interkommunal erfolgen, also unter Einbeziehung der Forstbetriebsgemeinschaft Wermelskirchen, des Holzclusters Bergisches Land und auch weiterer Kommunen.“

Die beiden Fraktionsvorsitzen-

den erinnern daran, dass der Forstbetrieb der Stadt seit 2004 zertifiziert ist. „Damit verpflichtete sich die Stadt, ihre Wälder nach festen Kriterien zu bewirtschaften.“ Und zwar geht es dabei um Erhaltung und Optimierung der Waldfunktionen, der Nachhaltigkeit und damit Stabilisierung des globalen Kohlenstoffkreislaufs und der pflegerischen und naturnahen Waldbewirtschaftung.

In dem Antrag wird von rund 1630 Hektar Waldfläche gesprochen – 1000 Hektar hat die Forstbetriebsgemeinschaft, 630 Hektar umfasst der städtische Forst. Die beiden Fraktionen erwarten von der Stadt eine kartografische Darstellung der Wermelskirchener Waldflächen insgesamt sowie eine jener Flächen, die von Dürre und Borkenkäferplage betroffen sind und somit Hauptgegenstand des Waldkonzeptes sein sollten. Zudem sollte in dem Konzept eine Beschreibung der potentiellen Nutzungsmöglichkeiten der ehemals bewaldeten Flächen stehen, zum Beispiel für die touristische Nutzung.

# Kölner Teller für den Minikreisverkehr

BM 14.07.2020

Ein Hochbeet wird es auf dem Minikreisverkehr Berliner-/Mozartstraße nicht geben. Er muss für Lastwagen und Busse komplett überfahrbar sein. „Tellerförmige Elemente“ sollen das Überfahren durch Pkw „unkomfortabel machen.“

VON UDO TEIFEL

**WERMELSKIRCHEN** Der Kreisverkehr an der Mozart-/Berliner Straße, ein sogenannter Minikreisverkehr, wird kein Hochbeet mit Baum bekommen wie der Kreisverkehr an der Jörgensgasse/Schillerstraße, um jedwedes Überfahren zu unterbinden. Diese Antwort bekam jetzt Henning Rehse (WNKUWG) auf seine Anfragen an das Tiefbauamt. Er hatte die Berichterstattung dieser Redaktion zum Kreisverkehr aufgegriffen und dem Fachamt einen Fragenkatalog vorgelegt.

Mit der Fertigstellung des Kreisverkehrs im Bereich Mozart-/Berliner Straße offenbarte sich, dass viele Fahrzeuge nicht die vorgegebene Spur nutzten, sondern ohne die Geschwindigkeit zu reduzieren über den Mittelkreis geradeaus fahren. Das war Anwohnern aufgefallen, zumal die Stadtverwaltung mit dem Abschluss der Arbeiten den Eindruck erweckt hatte, dass alles fertig sei. So ist es aber nicht, erfuhr diese Redaktion nach den ers-



Lastwagen und Busse sollen auch künftig über den inneren Kreis, der einen Durchmesser von elf Metern hat, fahren. Kölner Teller sollen künftig verhindern, dass Autos „durchbrettern“.

FOTOS (3): UDO TEIFEL

## INFO

### Planung für Kreisverkehr ist über 13 Jahre alt

**Baubeschluss** Die Entwurfsplanung für den Kreisverkehr Mozart-/Berliner Straße stammt aus dem Jahr 2006. Der Beschluss dazu erfolgte in der Fachausschuss-Sitzung am 4. Juni 2007.

**Kosten** Im Haushalt waren 80.000 Euro eingeplant. Die Submission ergab laut Drescher etwas höhere Kosten für die Maßnahme. Derzeit geht man von 100.000 Euro aus. Die Kostensteigerung ist laut Tiefbauamtsleiter angesichts der aktuellen Lage auf dem Bausektor wenig verwunderlich und spiele die Auslastung oder Überlastung der Firmen wider. Gleichzeitig wurde die Straßendeckensanierung mit dieser Maßnahme durchgeführt. Die für die Deckensanierung eingeplanten Haushaltsmittel sind mit in die Maßnahme eingeflossen. Dies konnte laut Harald Drescher insgesamt Kosten sparen.

ten Bürgerbeschwerden. Es sollen nun noch Hubbel aufgebracht werden. Davon war vorher nie die Rede.

Ein Hochbeet oder ein anderes Provisorium (vorher standen dort von der WNKUWG-bepflanzte Kanalringe, um den Verkehr zu lenken) wird es nicht mehr geben, so Tiefbauamtsleiter Harald Drescher. „Die provisorischen Hindernisse in der Kreisinsel wurden in der Vergangenheit immer wieder beschädigt, angefahren und aus ihrer Lage befördert.“ Bei Sondertransporten wurden die Schachtringe vorher komplett entfernt oder verschoben. „Dieser Zustand konnte nur im Zusammenhang eines Provisoriums geduldet werden. Die Neuplanung entspricht dementsprechend den Richtlinien für Minikreisverkehr. Und da ist die Kreisinnenfläche komplett überfahrbar.“

Was aber passiert nun? Laut Drescher werden farbige, „tellerartige



Anfangs gab es mal eine vier Zentimeter hohe Kante, die aber mit der Zeit zerbröselte.

Elemente“ auf der Kreisinnenfläche an der Berliner-/Mozartstraße aufgebracht. Letztlich sind es die sogenannten Kölner Teller, aber nicht in Metall, sondern in Kunststoff. Diese Elemente oder auch „Hubbel“, so Drescher, werden im Kreisinneren aufgebracht und sollen die Hemmschwelle für das Überfahren durch Pkw erhöhen – denn dadurch wird

es richtig unkomfortabel. „Dann wird der weitaus überwiegende Anteil der Personenwagen die vorgesehene Kreisfahrbahn nutzen. Die ist immerhin vier Meter breit.“ Lastwagen, Busse und andere lange Fahrzeuge fahren laut Drescher zwangsläufig über die Innenfläche des Kreisverkehrs, da die Kurvenfahrt mit der entsprechenden



Ein Hochbeet wie auf dem Kreisverkehr Jörgengasse/Schillerstraße wird es nicht auf der Berliner Straße geben.

Schleppkurve anders nicht möglich sei. „Das ist gemäß der Richtlinie gewollt, so geplant und muss entsprechend auch baulich möglich sein“, erklärt der Tiefbauamtsleiter.

Ein Vergleich mit dem Kreisverkehr Schillerstraße/Jörgengasse wurde von der Verwaltung nie gezogen, erklärt Drescher dem Fragesteller. Der neue Kreisverkehr

sei vergleichbar mit der baulichen Ausgestaltung des Minikreisels Eich/Jörgengasse. Dieser müsse, ebenso wie an der Berliner Straße, „zwingend von Bus- und Schwerlastverkehr überfahrbar sein.“ Bei der Herstellung 2009 war der Kreis Eich übrigens mit sogenannten Sinusbordsteinen als Begrenzung der Kreisinsel gebaut worden. Das sind vier Zentimeter hohe Kanten, die dem Fahrkomfort von Personwagen als spürbare Kante entgegenwirkten und so eine Überfahrung verhinderten.

Doch kurz vor der Gewährleistung wurde festgestellt, dass die Steine schwer beschädigt waren und deshalb gegen einen glatten Gussasphaltstreifen mit Weiß-Markierung ersetzt wurde.

# Loches-Platz wieder Parkfläche? <sup>BP1</sup> 15.08.2020

Wann der Spatenstich für den Einzelhandelsschwerpunkt erfolgt, ist offen. Die SPD schlägt eine Zwischenlösung vor. Die WNKUWG ist verärgert, weil sich nichts tut.

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Die Ankündigung des neuen Loches-Platz-Eigentümers, dass der Spatenstich für den neuen Einzelhandelsschwerpunkt in der Innenstadt noch einige Zeit dauern könnte, ruft jetzt SPD und die Wählergemeinschaft WNKUWG auf den Plan.

Jochen Bilstein (SPD) hat nach der Lektüre des Berichtes über den aktuellen Bauzeitenplan in der Bergischen Morgenpost Kontakt mit Florian Leßke vom Amt für Stadtentwicklung aufgenommen. André Held, Geschäftsführer der Grundbesitz GmbH der Volksbank Rhein-Lahn-Limburg, hatte im Gespräch mit unserer Redaktion keinen Zeitpunkt für einen Spatenstich nennen können. Der Grund: Die Entscheidung für einen Generalunternehmer sei noch nicht gefallen. Wann mit dem Bau begonnen werde, sei unklar. Deshalb bittet Bilstein den Amtsleiter, mit dem Eigentümer der Fläche Kontakt aufzunehmen, um eine Zwischennutzung des Loches-Platzes als Parkfläche zu prüfen.



Nach dem Abriss der Gebäude ist der Loches-Platz frei – vielleicht als Zwischenlösung für eine Parkfläche?

FOTO: UDO TEIFEL

Bei der WNKUWG rennt der SPD-Fraktionsvorsitzende „grundsätzlich offene Türen mit diesem Vorschlag ein“, meinte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse als Reaktion. Dennoch will er wissen, wie lange so eine Zwischenlösung dauern könnte und ob sich der Aufwand für eine hoffentlich absehbare Zeitspanne lohne. „Besteht eigentlich momentan Bedarf, den Platz zum Parken zu öffnen? Uns liegen aktuell keine Beschwerden von Einzelhändlern oder Kunden hinsichtlich eines unerträglichen Parkdrucks vor“, schreibt Rehse an Leßke und den Bürgermeister.

Warum aber verzögere sich der Baubeginn?, will Rehse weiter wis-

sen. Als seine Fraktion kritische Fragen und Einwürfe zum Loches-Platz formuliert hatte, wurde sie als „Ver- und Behinderer wie auch Verzögerer beschimpft“, schreibt Rehse. Nunmehr habe die WNKUWG das Projekt mit allen Unzulänglichkeiten „geschluckt“ und seit Monaten keinen notwendigen Beschluss verzögert oder behindert – „und trotzdem geht es nicht weiter ...“

Florian Leßke hielt sich zurück mit Aussagen. „Wir werden jetzt prüfen und bewerten, was machbar ist“, sagte er auf Anfrage. Es gehe auch um die Haftungsfrage. „Eine Antwort auf die Fragen wird es erst am Mittwoch geben“, sagte er am Dienstag.

# Die Kandidaten aus der zweiten Reihe

BH  
20.07.  
2020

Die hinteren Plätze der Reservelisten sind besetzt. Die Kandidaten haben nie eine Chance. Warum kandidieren sie trotzdem?

VON THERESA DEMSKI

**WERMELSKIRCHEN** Wer in den Stadtrat will, braucht einen Listenplatz ganz weit vorne. Das wissen Einsteiger genauso wie die alten Hasen in der Kommunalpolitik. Weil es in Wermelskirchen bisher fast nur Direktmandate für die CDU gab, entschied sich der Erfolg der Kandidaten der anderen Parteien und Gruppen am Platz auf der Reserveliste. Die sind bis auf die hinteren Ränge gut besetzt. Was motiviert für Platz 20?

**Daniel Wieneke (SPD)** „Mitmischen kann ich auch ohne Mandat“, sagt Daniel Wieneke. Der 53-Jährige steht auf Platz 20 der Reserveliste der Sozialdemokraten – bei aktuell zwölf Mandaten im Stadtrat. Auf der Liste steht Wieneke trotzdem – auch um seine Partei zu unterstützen. „Ich würde es aus beruflichen Gründen nicht schaffen, im Stadtrat mitzuwirken“, sagt er. Diskutieren und Gestalten will er trotzdem – vor allem, wenn es um Themen wie Bildungspolitik und Stadtentwicklung geht. „In Wermelskirchen geht es die meiste Zeit um Sachpolitik“, sagt er. Die will er auch künftig aus der zweiten Reihe unterstützen.

**Doris Blicke (WNKUWG)** „Im Stadtrat sollten Menschen sitzen, die die entsprechenden Erfahrungen und Einsicht haben“, sagt Doris Blicke. Deswegen wolle sie auch den Fachleuten in der WNKUWG die vorde-



Tobias Bösenberg (CDU) strebt einen Platz im Stadtrat an. FOTO: JÄCKLE



Daniel Wieneke (SPD) will seine Partei unterstützen. FOTO: SPD



Doris Blicke (WNKUWG) möchte sich da einbringen, wo sie kann. FOTO: WNK



Maximilian Reinicke (Grüne) ist frisch dabei und hat auch einen Wahlbezirk.



Hartmut Zulauf (FDP) überlässt die Arbeit Jüngeren. FOTO: FDP

## INFO

### Stadt sucht noch Wahlhelfer

**Wahlhelfer** Es werden noch Wahlhelfer gesucht: Neben städtischen Mitarbeitern setzt die Stadt auch in diesem Jahr wieder auf die Unterstützung durch Freiwillige. Insgesamt sollen 240 Wahlhelfer im Einsatz sein, für einen reibungslosen Ablauf sorgen und das Wahlergebnis in den jeweiligen Wahlvorständen ermitteln. Wahlhelfer brauchen keine Vorkenntnisse, müssen mindestens 16 Jahre alt und wahlberechtigt sein, sie sollten in Wermelskirchen leben. Sie erhalten ein

finanzielles „Dankeschön“ zwischen 40 und 50 Euro. Interessierte können sich im Haupt- und Personalamt melden: [wahlen@wermelskirchen.de](mailto:wahlen@wermelskirchen.de)

**Termin** Am 13. September findet die Kommunalwahl statt – dann entscheiden die Wähler über die Zusammensetzung des Rats der Stadt, den Kreistag und über das Amt des Bürgermeisters. Ab dem 10. August werden die Wahlbenachrichtigungen verschickt.

**Regeln** Wahlberechtigt sind Wermelskirchener ab 16 Jahren.



Klaus Stöcker (Büfo) arbeitet gern als sachkundiger Bürger. FOTO: TEIFEL

ren Plätze auf der Liste überlassen. „Ich bin eine gute Beisitzerin, möchte mich auch künftig im Seniorenbeirat engagieren, bewerbe mich aber nicht um einen Platz im Rat“, sagt die 79-Jährige. Aber nicht einer alleine und nicht nur die Ratsmitglieder unter sich seien für die Politik zuständig: „Jeder bringt sich ein, wo er kann.“ Deswegen verteilt sie Flyer, macht Wahlkampf und kommt zu den Treffen mit den Kollegen der WNKUWG. „Ich möchte die Partei unterstützen“, sagt sie, „also stehe ich auf der Liste.“

**Maximilian Reinicke (Die Grünen)**  
Der 21-Jährige steht auf dem letzten Platz der grünen Liste: „Ich bin noch frisch dabei“, sagt er. Erst Anfang des Jahres ist er bei den Grünen eingetreten – „weil ich mich gegen

Rassismus, für Toleranz und Kulturförderung einsetzen möchte“. Und weil es ihm wichtig gewesen sei, dass auch die hinteren Plätze auf der Liste belegt seien, habe er sich aufstellen lassen. „Gleichzeitig habe ich einen eigenen Wahlbezirk“, sagt er, „das ist schon eine kleine Ehre.“ Er schnuppere in die Themen hinein, lerne die Politik kennen und komme mit den Menschen ins Gespräch. „Ich hab noch was vor“, sagt er, „Schritt für Schritt.“

**Klaus Stöcker (Bürgerforum)** Fraktion ja, Stadtrat nein: „Der Verantwortung kann ich in meiner aktuellen Lebenssituation nicht nachkommen“, sagt Klaus Stöcker, „wenn ich etwas mache, dann ganz.“ Also kandidiert der 52-Jährige auf Platz

20 der Büfo-Liste – bei aktuell vier Mandaten. „Herzblut für meine Stadt habe ich trotzdem“, sagt er. Deswegen würde er sich gerne weiter als Sachkundiger Bürger einbringen. Weil er sich im Bürgerforum von Anfang an aufgehoben gefühlt habe, sei es für ihn selbstverständ-

Kommunalwahl  
**2020**



lich, einen Platz auf der Liste zu übernehmen. „Dümmer wird man auch nicht, wenn man seine Nase in die Kommunalpolitik steckt.“

**Hartmut Zulauf (FDP)** In dieser Woche feiert der 76-Jährige Geburtstag. „Irgendwann sollte man die Arbeit im Stadtrat den Jüngeren überlassen“, sagt Hartmut Zulauf. 1989 erlangte er zum ersten Mal einen Platz

im Rat, seit 1999 ist er zurück. In diesem Jahr hat sich Zulauf auf Listenplatz 20 schreiben lassen. „Das ist eine deutliche Zäsur für mich“, sagt er. Die Entscheidung sei nicht über das Knie gebrochen. Es sei nun Dankbarkeit gegenüber der FDP, die ihn über Jahrzehnte auf den vorderen Plätzen aufstellte, nun weiter einen Listenplatz zu übernehmen. Politik will er weitermachen – und deswegen sei es auch konsequent, auf der Liste zu stehen. Wenn die Partei das wünsche, wolle er sich weiterhin als sachkundiger Bürger engagieren – etwa beim Thema Stadtentwicklung. Er empfinde eine Verantwortung für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft. „Als mündiger Bürger will ich mich für das Gemeinwohl einsetzen“, sagt er.

„Ich bin eine gute Beisitzerin, möchte mich auch im Seniorenbeirat engagieren“

**Doris Blick**  
WNKUWG-Kandidatin

**Tobias Bösenberg (CDU)** Tobias Bösenberg ist der einzige Kandidat auf Platz 20, der ein Mandat im Stadtrat im Blick hat – die CDU hat ihn auch für den Wahlbezirk Tente aufgestellt. „Die Entscheidung treffen die Bürger“, sagt er. 2018 trat Bösenberg in die Partei ein und wurde Mitglied der Fraktion. Der Auslöser sei die Geburt seiner Tochter gewesen – „ich will etwas für die Stadt bewegen“. Er freue sich über das Vertrauen der CDU, ihm schon jetzt einen Wahlbezirk anzuvertrauen. In der nächsten Woche will er mit der Bürgermeisterkandidatin den Haustürwahlkampf beginnen. Und wenn es beim ersten Anlauf nicht klappt? „Dann unterstütze ich diejenigen, die im Stadtrat sitzen“, sagt der 32-Jährige, „und versuche es vielleicht nochmal.“

# Startschuss für das große Plakatieren

An die Plakate, fertig los: In Wermelskirchen rüsten sich die Parteien für die Kommunalwahl. Schon sechs Wochen vorher wird es auch innerhalb geschlossener Ortschaften bunt. Außerhalb wird die Werbetrommel bereits gerührt.

VON KATHRIN KELLERMANN

**WERMELSKIRCHEN** Die Sommerferien neigen sich dem Ende zu – und das heißt, dass sich die Parteien langsam, aber emsig auf den Wahlkampf vorbereiten. Los geht's mit den Wahlplakaten, die exakt sechs Wochen vor der Wahl ab Sonntag, 2. August, ab 8 Uhr in der Innenstadt aufgehängt werden dürfen. Keine Minute früher.

Diese Regelung ist neu: Bisher konnten die Parteien bereits ab Mitternacht mit Leitern bewaffnet durch die Ortschaften ziehen und sich die besten Plätze für ihre Plakate aussuchen. Doch das wurde per Satzung im März geändert: Startschuss fürs große Plakatieren in geschlossenen Ortschaften ist jetzt erst um 8 Uhr. Wen das Ordnungsamt dabei erwischt, das Konterfei seines Spitzenkandidaten früher an einem Laternenmast anzubringen, muss mit einem Bußgeld rechnen.

Wer sich jetzt fragt, warum an der B 51 schon seit Wochen Plakate von der WNKUWG und der CDU hängen: Die Dellmannstraße ist außerhalb der geschlossenen Ortschaft, und dort dürfen bunte Plakate bereits drei Monate vor der Wahl für Aufsehen sorgen. Ein Umstand, den die WNKUWG in diesem Jahr



DH  
23.07.2026

CDU und WNKUWG waren schnell und haben – so ist es erlaubt – drei Monate vor der Wahl am 13. Juni um 8 Uhr ihre Plakate außerhalb der Innenstadt aufgehängt. Innerhalb geschlossener Ortschaften dürfen die Werbemittel erst am 2. August angebracht werden. Exakt sechs Wochen vor der Wahl am 13. September.

FOTOS (2): KATHRIN KELLERMANN

ganz klar für sich ausgenutzt hat, wie Fraktionsvorsitzender Henning Rehse lachend gesteht: „Das ist doch wie ein Sport“, sagt er. „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Deshalb standen wir am 13. Juni um Punkt 8 Uhr morgens mit 20 Leuten da, die jeweils ein Plakat aufgehängt haben.“

Unter gutmütiger Beobachtung von CDU-Chef Stefan Leßenich, der zwar pünktlich, aber mit weniger Helfern an der Straße war und sich so die restlichen Masten für die Sommergrüße seiner Partei gesichert hat. Ärger gab's aber nicht, sagt er. „Das ist alles sehr freundschaftlich gewesen.“ Als aber die SPD an der Stelle ankam, „war schon alles vergeben“, erinnert sich SPD-Chefin Petra Weber und fügt gutgelaunt hinzu: „Wir sind dann Richtung Hoffnung ausgewichen.“

Doch das sind „Peanuts“ im Vergleich zu dem, was auf Wohnstraßen

am Sonntag, 2. August, zukommt: Etwa 450 Plakate hat die CDU im Lager, die Helfer sind bereits bestimmt: Sämtliche Kandidaten plakatieren eigenhändig mit Helfern im Wahlbezirk Banner mit ihrem eigenen Gesicht und dem von Bürgermeister-Kandidatin Marion Lück auf der Rückseite, die für CDU und Bürgerforum antritt. „Wir legen den Fokus sehr auf die Bürgermeisterwahl“, sagt Stefan Leßenich, der am Plakat-Sonntag rund um Hoffnung mit Leiter und Plakaten unter dem Arm anzutreffen sein wird.

Mit knapp 600 Werbemitteln geht die FDP ins Rennen, verrät Marco Frommenkord, der bei der Kommunalwahl nicht nur als Kandidat, sondern auch für die Bürgermeisterwahl antritt. Deshalb ziert auch er die Rückseite jedes Plakats. Die SPD setzt da auf eine klare Trennung zwischen Stadtrat- und Bür-



War fix dabei und hat viele Masten blockiert: die WNKUWG.

## INFO

### Wann und wo plakatiert wird, ist streng geregelt

**Erlaubnis** „Wahlsichtwerbung“ muss angemeldet werden. Plakate, Plakatständer, Banner und andere Werbemittel dürfen eine Größe von DIN A1 nicht überschreiten und nicht an Pfosten von Verkehrszeichen angebracht werden.

**Pflichten** Die Parteien sorgen für eine ordnungsgemäße, verkehrssichere Anbringung und für die fristgerechte Entfernung der Wahlplakate inklusive Befestigungsmaterial. Sie haften für alle Schäden, die durch das Aufstellen der Wahlsichtwerbung im öffentlichen Verkehrsraum entstehen.

germeisterwahl: „Rainer Bleek hat eigene Plakate“, sagt Petra Weber. „So ziehen wir an zwei Strängen.“ Jedem SPD-Kandidaten stehen zehn Werbebanner pro Bezirk zur Verfügung. „Auch die Grünen wollen Plakate aufhängen, „aber in sehr moderatem Umfang“, sagt Sprecher Stefan Janosi, der eher auf Inhalte setzen will. „Unser Wahlprogramm geht am Wochenende online“, verspricht er.

Spannend wird es übrigens im Plakatsommer in der Innenstadt: Dort dürfen die Parteien neben angemeldeten Dreieckständern nur jeweils sechs Plakate aufhängen. Aber unter gar keinen Umständen zwei Plakate an einem Mast und „auch nicht da, wo die Blumenampeln hängen“, warnt Henning Rehse. Übrigens: Eine Woche nach der Wahl, am 20. September, müssen die Plakate wieder verschwunden sein...

## WNK/UWG will gegen Müll kämpfen

-ala- Mit einem Antrag zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses will die WNK/UWG gegen Müllverschmutzung vorgehen. „Wermelskirchen hat ein Müllproblem. Es ist an der Zeit, dieses konsequent zu lösen“, heißt es im Antrag von Wahlkreis-kandidat Jürgen Steeger und Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse an Bürgermeister Rainer Bleek. Der Bürgerverein schlägt hierfür eine Übernahme von Vorschlägen aus der sogenannten „Littering-Toolbox“ vor. „Littering“ bezeichnet das Wegwerfen von Müll in die Umgebung, die „Littering-Toolbox“ ist eine Schweizer Internetplattform, auf der Vorschläge zur Vermeidung achtloser Vermüllung gesammelt werden.



Die Stadt hat ein Müllproblem, sagt WKN/UWG. Archivfoto: up

Darunter finden sich Maßnahmen wie die Einführung einer Melde-App, mithilfe derer eine laufende Übersicht über vermüllte Punkte der Stadt erstellt werden kann oder die Etablierung eines Wettbewerbs der saubersten Stadtteile. WGA 23.07.

## „Wermelskirchen hat Müllproblem“

**WERMELSKIRCHEN** (ala) Mit einem Antrag zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses will die WNKUWG gegen Müllverschmutzung in Wermelskirchen vorgehen. „Wermelskirchen hat ein Müllproblem. Es ist an der Zeit, dieses Problem konsequent zu lösen“, heißt es in dem Antrag von Wahlkreis-kandidat Jürgen Steeger und dem Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse an Bürgermeister Rainer Bleek. Der Bürgerverein schlägt hierfür eine Übernahme von Vorschlägen aus der sogenannten „Littering-Toolbox“ vor. „Littering“ bezeichnet das Wegwerfen von Müll in die Umgebung, die „Littering-Toolbox“ ist eine Schweizer Internetplattform, auf der Vorschläge zur Vermeidung achtloser Vermüllung gesammelt werden. Darunter finden sich Maßnahmen wie die Einführung einer Melde-App, mithilfe derer eine laufende Übersicht über vermüllte Punkte der Stadt erstellt werden kann oder die Etablierung eines Wettbewerbs der saubersten Stadtteile. BM 21.07.2020

## Einladung zur Online-Diskussion WGA 24.07.

-ala- Die WNK/UWG hat in der vergangenen Woche mithilfe ihrer Mitglieder einen Programmwurf für die Kommunalwahl am 13. September erarbeitet. Sie lädt zu einer Online-Diskussion über die Gestaltung des Programms ein. Dieses beinhaltet unter anderem den weiteren Umbau der Stadtverwaltung hin zu einem „effektiv arbeitenden Dienstleistungszentrum mit mehr Bürgerfreundlichkeit“. Außerdem will die

Partei nicht nur einen starken Stadtkern in Wermelskirchen, sondern ebenfalls lebendige Dorfkern in Dabringhausen und Dhünn. Kernanliegen ist außerdem die Verbesserung der Pflege und Sauberkeit städtischer Grünanlagen. Eine bebilderte Kurzfassung des Programms kann bei der WNK/UWG angefragt werden, die Partei freut sich auf eine konstruktive Diskussion.

# Wählergemeinschaft sorgt sich um Sicherheit städtischer Mitarbeiter

GM  
28.07.  
2020

**WERMELSKIRCHEN** (ala/rue) Die WNKUWG ist besorgt über eine zunehmende Aggression und Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Beschäftigte. In einem Prüfauftrag zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hat die Wählergemeinschaft Fragen formuliert: Gibt es innerhalb der Verwaltung ein Konzept für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz – inklusive eines Meldesystems für gewaltbereite Kunden? Gibt es ein Handlungskonzept für den Fall, dass es bei Kundenbeziehungen zu verbaler und körperlicher Gewalt kommt? Gibt es bei der Prävention eine Zusammenarbeit mit der Polizei? Werden städtische Mitarbeiter geschult, damit sie mit Bedrohungs- und Belastungssituationen umgehen können? Gibt es für den schlimmsten Fall eine Seelsorge oder psychologische Betreuung für Betroffene?

Die Wählergemeinschaft ist beunruhigt, dass Bedrohungs- und Belastungssituationen an Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung, speziell der Leistungsverwaltung, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld

umfasst, oder der Ordnungsämter zugenommen haben. „Aber auch Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei wird immer mehr“, schreibt die WNKUWG.

Stadt oder öffentliche Hand seien als Arbeitgeber rechtlich verpflichtet, die Arbeit so zu gestalten, dass eine Gefährdung der Arbeitnehmer möglichst gering gehalten wird. Konkret müssten Maßnahmen ge-

## „Gibt es Seelsorge oder psychologische Betreuung für Betroffene?“

Frage der WNKUWG

troffen werden, um Sicherheit und Arbeitsschutz zu verbessern – wenn nötig. Nicht nur große Städte bringen nach Meinung der WNKUWG mit dem Melderegister „Zemag“ Präventionskonzepte auf den Weg. So wollen auch Grevenbroich und Kaarst ihre Mitarbeiter vor Gewalt schützen, was in Rosenheim schon seit 2018 umgesetzt wird.

Der Verein „SoKo Respekt“ wurde 2017 gegründet, kürzlich ist ihm

die Stadt Meinerzhagen beigetreten. „Der Verein hat es sich zum Ziel gesetzt, dem zunehmenden mangelnden Respekt gegenüber Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräften entgegenzuwirken“, teilt die Wählergemeinschaft mit. Menschen, die ihr eigenes Leben riskieren, um anderen zu helfen, würden beschimpft oder gewalttätig angegangen. Mit seiner Arbeit wolle der Verein auf diesen Missstand aufmerksam machen. Dabei gehe es darum, Einsatzkräften eine Stimme zu verleihen und die Gesellschaft zu einem respektvolleren und wertschätzenden Umgang zu bewegen.

Die Mitglieder sind überwiegend Einsatz- und Rettungskräfte. In Schulen und auf öffentlichen Veranstaltungen halten sie Vorträge, in denen sie falsches und korrektes Verhalten in Notsituationen aufzeigen. Kosten entstehen durch eine Mitgliedschaft keine, da sich der Verein nicht über Beiträge, sondern über Spenden finanziert. Die WNKUWG bittet die Verwaltung, eine Mitgliedschaft in dem Verein zu prüfen.

Von einer Mitgliedschaft in einem Verein versprechen sich die Ortpolitiker mehr Sicherheit

# WNK/UWG: Städtische Mitarbeiter sind gefährdet

WGA  
28.07.  
2020

-ala/rue- Die WNK/UWG ist besorgt über eine zunehmende Aggression und Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Beschäftigte.

In einem Prüfauftrag zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hat die Wählergemeinschaft entsprechende Fragen formuliert: Gibt es innerhalb der Verwaltung ein Konzept für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz – inklusive eines Meldesystems für gewaltbereite Kunden? Gibt es ein Handlungskonzept für den Fall, dass es bei Kundenbeziehungen zu verbaler und körperlicher Gewalt kommt? Gibt es bei der Prävention eine Zusammenarbeit mit der Polizei? Werden städtische Mitarbeiter geschult, damit sie mit Bedrohungs- und Belastungssituationen umgehen können? Gibt es für den schlimmsten Fall eine Seelsorge oder psychologische Betreuung für Betroffene?

Die Wählergemeinschaft um den Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse und Mitglied Jan Paas als Unterzeichner ist beunruhigt, dass Bedrohungs- und Belastungssituationen an Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung, speziell der

Leistungsverwaltung, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld umfasst, oder der Ordnungsämter zugenommen haben. „Aber auch Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuer/wehr und Polizei wird immer mehr“, schreibt die WNK/UWG.

Stadt oder öffentliche Hand seien als Arbeitgeber rechtlich verpflichtet, die Arbeit so zu

gestalten, dass eine Gefährdung der Arbeitnehmer möglichst gering gehalten wird. Konkret müssten Maßnahmen getroffen werden, um Sicherheit und Arbeitsschutz zu verbessern – wenn nötig. Nicht nur große Städte bringen nach Meinung der WNK/UWG mit dem Melderegister „Zemag“ Präventionskonzepte auf den

Weg. So wollen auch Grevenbroich und Kaarst ihre Mitarbeiter vor Gewalt schützen, was in Rosenheim schon seit 2018 umgesetzt wird.

## Verein will mangelndem Respekt gegenüberreten

Der Verein „SoKo Respekt“ wurde 2017 gegründet, kürzlich ist ihm die Stadt Meinerz-

hagen beigetreten. „Der Verein hat es sich zum Ziel gesetzt, dem zunehmenden mangelnden Respekt gegenüber Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräften entgegenzuwirken“, teilt die Wählergemeinschaft mit. Menschen, die ihr eigenes Leben riskieren, um anderen zu helfen, würden beschimpft oder gewalttätig angegangen.

Mit seiner Arbeit wolle der Verein auf diesen Missstand aufmerksam machen. Dabei gehe es darum, Einsatzkräften eine Stimme zu verleihen und die Gesellschaft zu einem respektvolleren und wertschätzenden Umgang zu bewegen. Die Mitglieder sind überwiegend Einsatz- und Rettungskräfte.

In Schulen und auf öffentlichen Veranstaltungen halten sie Vorträge, in denen sie falsches und korrektes Verhalten in Notsituationen aufzeigen. Kosten entstehen durch eine Mitgliedschaft keine, da sich der Verein nicht über Beiträge, sondern über Spenden finanziert. Die WNK/UWG Wermelskirchen bittet deshalb in ihrem veröffentlichten Schreiben die Verwaltung, eine Mitgliedschaft in dem Verein zu prüfen.



Die WNK/UWG sieht die öffentliche Sicherheit gefährdet, auch im Rathaus.

Archivfoto: kam

WNK/UWG fordert mehr Informationen über Infektionsherde

# Corona: Amt muss Datenschutz wahren

Von Anja Carolina Siebel

Henning Rehse sorgt sich um die wieder etwas steigende Zahl der Corona-Fälle im Rheinisch-Bergischen Kreis. Deshalb hat der Fraktionsvorsitzende der WNK/UWG sich jetzt an Landrat Stephan Santelmann gewandt.

Mit einer Bitte: „Bedauerlicherweise steigen die Zahlen der Corona-Infektionen flächendeckend wieder an“, schreibt Rehse nach Bergisch Gladbach. Dies sei „sicherlich einem Mix von Lockerung der Maßnahmen, Gewöhnung an das Leben mit dem Virus, Bequemlichkeit, Unachtsamkeit und so weiter“ geschuldet.

**„In Restaurants gelten meist strenge Vorgaben. Und die werden in den allermeisten Fällen auch eingehalten.“**

Birgit Bär,  
Krisenstab Kreisverwaltung



Das Gesundheitsamt weist noch einmal auf die Hygieneregeln hin: Abstandhalten, Mund-Nase-Maske und Händedesinfektion.

Symbolfoto: cb

„Um das Bewusstsein für bestimmte kritische Aktivitäten besonders zu schärfen und wach zu halten, rege ich an, dass die täglichen Fälle des Kreises zukünftig mit dem Infektionsursprung, so dieser denn ermittelt worden ist, publiziert werden“, schreibt der Wermelskirchener. Und weiter: „Es müsste auch unter Beachtung des Datenschutzes möglich sein, Infektionsgründe wie zum Beispiel Rückkehr aus dem Urlaub, Arbeit, Nutzung des ÖPNV, sportliche Aktivität, Restaurant- oder Hotelbesuch, private Feier zu benennen. So würde jeder beim Lesen der Fälle daran erinnert werden, bestimmte Aktivitäten zu meiden beziehungsweise sie nur sehr vorsichtig durchzuführen.“

Dass das Kreisgesundheitsamt vielfach schon genau so verfährt, betont Birgit Bär als Sprecherin des Krisenstabs. „Wir machen die Infektionsherde in einigen Fällen publik“, sagt sie. So sei es beispielsweise bei einem kleinen Ausbruchsgeschehen in Wermelskirchen ge-

wesen, bei dem sich die Betroffenen die Erkrankung Covid-19 von einer Familienfeier in einem anderen Bundesland mit nach Hause gebracht hatten.

Möglich sei so viel Transparenz aber nicht immer. Bär: „Wenn jemand hört, dass jemand sich beispielsweise bei einem Auslandsaufenthalt in einem bestimmten Land infiziert hat, geht besonders in kleinen Städten die Spekulation schon los. Wir müssen vermeiden, dass Persönlichkeitsrechte verletzt werden.“

Die Verantwortlichen des Kreises hätten sich von einer Fachanwältin darüber beraten lassen, in welcher Form und in welchem Umfang Medien und Öffentlichkeit über Hintergründe informiert werden können. Bär: „Daran halten wir uns.“ Und so sei es eben nicht immer möglich, detailliert über den Ort und den genauen Herd der Infektionen zu informieren.

Die Rückverfolgung im Kreis funktioniere aber gut und weitgehend reibungslos. „Wir haben dafür extra ein ganzes Team abgestellt, das die Fälle akribisch nachverfolgt“, berichtet die Sprecherin.

Ein wenig Sorge bereiten auch in Bergisch Gladbach die wieder leicht ansteigenden Infektionszahlen. Laut Birgit Bär übertragen sich viele Infektionen durch das Nicht-Einhalten der Abstandsregeln: „Wir haben beobachtet, dass es viele Ausbrüche beispielsweise auf privaten Feiern oder im Nachbar- und Freundeskreis gab“, berichtet sie. Und mahnt deshalb noch einmal, die drei wichtigsten Regeln zu beachten: Abstandhalten, Mund-Nase-Maske tragen und Handhygiene betreiben.

Ein Lob richtet Birgit Bär an die Restaurantbetreiber. „In der Gastronomie gibt es vergleichsweise wenig Ausbrüche. Dort herrschen strenge Vorgaben. Und die werden in den allermeisten Fällen auch eingehalten.“

Birgit Bär unterstreicht, dass jetzt jeder Einzelne in seiner Disziplin und seiner Rücksichtnahme gefragt sei. „Bisher gibt es bei uns im Rheinisch-Bergischen Kreis nur vereinzelte Fälle. Wenn wir wollen, dass das so bleibt, sollte jeder seinen Beitrag dazu leisten. Das ist mit ein bisschen Anstrengung auch möglich.“

## Kommentar

# Mit Augenmaß agieren

Von Leon Hohmann

**D**ass die Pandemie nicht nach wenigen Wochen aus der Welt sein würde, das müsste bereits im März jeder halbwegs Denkende geahnt haben. Verständlich dennoch, dass viele das immer wieder aufflammende Infektionsgeschehen mit Sorge, vielfach sogar Angst, betrachten. Verständlich auch, dass mit der Angst der Wunsch größer wird, Gründe für die Ansteckungen zu kennen. Aber genau das ist vielfach nicht möglich. Genau so wie es nicht möglich ist, eine Prognose abzugeben, wie eine Covid-19-Erkrankung bei einzelnen Betroffenen verläuft. Es ist, und das müssen alle derzeit akzeptieren, eine Gleichung mit Unbekannten. Ein Risiko, das jeder zu tra-

gen hat. Das gilt es schlicht auszuhalten. So schwer das fallen mag. Minimierbar ist das Risiko freilich durch verantwortungsvolles Verhalten und Rücksicht. Auf die eigene Gesundheit und die anderer. Das geht mit Abstand, mit Mund-Nase-Maske und Hygiene. Und: mit Augenmaß. Mit einem Restrisiko werden wir indes lernen müssen zu leben. Denn selbst wer sich in seinen eigenen vier Wänden verbarrikadiert, wird es nicht ausschließen können zu erkranken. An was auch immer.



leon.hohmann@  
rga.de